



**Straßenschilder an der Ecke: Brienner Str. / Katharina-von-Bora-Str. /  
Meiserstraße, Mai 2010. Foto: Antonia Leugers.**

*Björn Mensing*

„WELTANSCHAULICHE“ SIEGER ODER MORALISCHES VERSAGEN?

*Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der  
Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*

*1. KZ-Überlebende rufen zur Buße – die Kirchenleitung  
stilisiert die Landeskirche zur Widerstandsbewegung*

Im Blick auf den Umgang des bayerischen Protestantismus mit der nationalsozialistischen Vergangenheit liegt es nahe, zunächst der Frage nachzugehen, wie sich evangelische Christen äußerten, die in der NS-Zeit selbst wegen ihres widerständigen Verhaltens massiven Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt waren.

Zwei Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern hatten eine Haftzeit in Konzentrationslagern erlitten und überlebt: Karl Steinbauer 1939 im KZ Sachsenhausen, Wolfgang Niederstraßer 1945 im KZ Dachau.

Wolfgang Niederstraßer, gegen den die Staatsanwaltschaft 1942/43 eine Anklage wegen „fortgesetzter Vergehen“ gegen das „Heimtückegesetz“ vorbereitet hatte, lehnte im Herbst 1945 zunächst das Ausfüllen eines landeskirchlichen Fragebogens zu politischen Maßnahmen gegen die Pfarrerschaft im „Dritten Reich“ ab mit dem Hinweis: „Der LKR [Landeskirchenrat] sah sich zur Zeit meiner Anklage nicht in der Lage, sich mit meinem Anklagegegenstand zu identifizieren. Ich sehe keinen Grund, wie das heute anders geworden sein könnte.“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Niederstraßer an Dekan, 29.11.1945. Archiv Pfarramt Warmensteinach  
6. Vgl. Björn Mensing, „... nicht nur ein priesterliches, sondern auch ein prophetisches Amt“. Von der fränkischen Kanzel ins KZ Dachau – das „vergessene“ Zeugnis von Pfarrer Wolfgang Niederstraßer, in: Gudrun Litz/ Heidrun Munzert/ Roland Liebenberg (Hg.), *Frömmigkeit, Theologie, Frömmigkeitstheologie. Contributions to European Church History*.

Dabei sah Niederstraßer auch sein eigenes Versagen in der Wahrnehmung des der Kirche aufgetragenen prophetischen Wächteramtes: „Im Blick auf die vergangenen Jahre und das Gottesgericht im Kriegsende, glaube ich urteilen zu müssen, daß auch wir, ich selber und wir alle, unermeßliche Schuld tragen vor unserem Volke und vor Gott. – Wir sind dem Staate unbrüderlich, unchristlich und lieblos begegnet, sofern wir aus Angst vor seinen Machtmitteln den Anspruch Gottes an unser Volk nicht eindeutig genug aufgerichtet haben, und wir haben für unsere eigene Entscheidung und Haltung die Grundlage unserer reformatorischen Kirche, das Handeln allein aus dem Worte, weithin verlassen. Hes[ekiel] 33,1ff ist uns allen zum besonderen Gerichtswort geworden. Das Blut derer, die ungewarnt um ihrer Sünde willen sterben, wird von unserer Hand gefordert. So ist denn die Buße, die wir heute unserm Volke predigen müssen, uns selber – mir und uns allen – am nötigsten, nicht aber der Erweis unserer ‚Gerechtigkeit‘ mittels Daten einzelner politischer Verfolgungen, die nicht charakteristisch sind für uns!“<sup>2</sup>

Wie von Niederstraßer vermutet, nutzte die Landeskirche die Fragebogen für einen Nachweis ihres Widerstandes im „Dritten Reich“. Im Frühjahr 1946 erschien eine Aufstellung der Verfolgungsmaßnahmen in den „Nachrichten“ der Landeskirche.<sup>3</sup> Niederstraßers selbstkritische, theologische Reflexion der Verstrickung der Kirche im NS-Staat wurde von der Kirchenleitung nicht aufgenommen.

Karl Steinbauer ging im Februar 1950 im „Korrespondenzblatt“ des bayerischen Pfarrervereins in einer Replik auf Werner Elerts apologetischen Vortrag „Paulus und Nero“

*Festschrift für Berndt Hamm zum 60. Geburtstag*, Leiden u.a. 2005, S. 763-778.

<sup>2</sup> Niederstraßer an LKR, Anmerkungen zum ausgefüllten Fragebogen, 7.1.1946. Archiv Pfarramt Warmensteinach 6. (Unterstreichungen im Original).

<sup>3</sup> Vgl. Björn Mensing, *Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern*, 2., durchges. Aufl., Bayreuth 1999, S. 216.

der Schuldfrage nach.<sup>4</sup> Elerts Verwendung von Römer 13 als rückblickende theologische Legitimation seiner Loyalität zum NS-Staat, die gleichzeitig alle Vorwürfe einer Kollektivschuld der Deutschen am Nationalsozialismus widerlegen sollte, fördere nicht ein fruchtbares Umdenken, sondern nur eine sterile Selbstrechtfertigung, so Steinbauer. Er resümierte: „Wir leben in einem Trümmerfeld, und viele sind eifrig dabei, aus den Trümmern genau das gleiche wiederaufzubauen, was Gott zerschlagen hat. Unter den Trümmern liegen auch kirchliche Kundgebungen, theologische Erklärungen, Gutachten von Universitäten, Fürbittgebete, welche die echte Fürbitte, daß auch die Obrigkeit zur Erkenntnis der rettenden Wahrheit komme, verwechselt haben mit nationalen, politischen Ovationen, auch Predigten liegen darunter – stoßweise [...]. Was ist das anders als falsche Prophetie! Kaum einer denkt hier an theologische Aufräumarbeit, zu der wir in sauberer, redlicher Arbeit allen Anlaß hätten.“<sup>5</sup>

Neben Niederstraßer und Steinbauer befanden sich unter den Befürwortern solcher „Aufräumarbeiten“ weitere Pfarrer, die im „Dritten Reich“ selbst Repressionen wegen ihrer mutigen Widersetzlichkeiten in Kauf genommen und den Kurs von Landesbischof Hans Meiser kritisiert hatten. Zu diesen Pfarrern gehörten auch Wilhelm Griesbach und Waldemar Schmidt, die auf der ersten Tagung der Landessynode nach dem Zweiten Weltkrieg im Juli 1946 davor warnten, der Buße für die konkreten Fehler der Kirche zwischen 1933 bis 1945 auszuweichen – ohne Erfolg, wie sich zeigte.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Ebd., S. 218f. Den Vortrag „Paulus und Nero“ hielt der einflussreiche Erlanger Theologieprofessor am 25.3.1946 vor der Nürnberger Pfarrkonferenz und veröffentlichte diesen 1948 in einem Sammelband.

<sup>5</sup> *Korrespondenzblatt für die evangelisch-lutherischen Geistlichen in Bayern* 65 (1950), S. 16.

<sup>6</sup> Vgl. Mensing, *Pfarrer*, S. 219; Björn Mensing, Zum Umgang mit der Schuldfrage in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern nach 1945, in: Berndt Hamm/ Harry Oelke/ Gury Schneider-Ludorff (Hg.), *Spielräume des Handelns und der Erinnerung. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern und der Nationalsozialismus*, Göttingen 2010, S. 189-204.

Die Kirchenleitung unter Landesbischof Meiser ließ sich im Oktober 1946 durch ein Urteil des Kassationshofes im für die Entnazifizierung zuständigen Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben bestätigen, dass die Landeskirche als Teil der Bekennenden Kirche eine Widerstandsbewegung gewesen sei.<sup>7</sup> Die Kirche war demnach als Siegerin aus dem weltanschaulichen Ringen mit dem Nationalsozialismus hervorgegangen und hoffte auf eine Rechristianisierung des deutschen Volkes nach dessen „großem Abfall“ von Gott – und auf maßgeblichen Einfluss beim politischen Neuaufbau. Die landeskirchlichen Medien, das „Amtsblatt“ und insbesondere die vom Landeskirchenrat seit 1946 herausgegebenen „Nachrichten“, vermittelten einseitig diese Position. Im April 1948 zeigten die „Nachrichten“ das Erscheinen von Heinrich Schmid Buch „Apokalyptisches Wetterleuchten“ an. Allen Pfarrämtern würden Berechtigungsscheine zugehen, mit denen das Buch aus Mitteln der Kirchengemeinde erworben werden könne.<sup>8</sup> Dieses Buch, das wohl auf die Empfehlung hin von vielen Pfarrämtern angeschafft wurde, hatte Kirchenrat Schmid im Auftrag des Landesbischofs verfasst und mit einem Geleitwort von Meiser 1947 im Selbstverlag der Landeskirche veröffentlicht. Im Vorwort gab Schmid die Intention des Werkes an. Dieses habe gegen die Angriffe auf die Kirche wegen ihres Versagens im „Dritten Reich“ eine chronistisch-historische und eine apologetische Pflicht zu erfüllen.<sup>9</sup> Die Darstellung des Verhaltens der Kirche im NS-Staat fiel in diesem Werk denn auch reichlich tendenziös

<sup>7</sup> Eine Wiedergabe des Flugblatts des LKR vom 10.12.1946 mit dem Zitat aus der Entscheidung des Kassationshofes vom 14.10.1946 findet sich im Bereich zu Bayern in der online-Ausstellung *Widerstand!? Evangelische Christinnen und Christen im Nationalsozialismus* der Münchner Forschungsstelle für Kirchliche Zeitgeschichte. URL: <http://de.evangelischer-widerstand.de/#/zeiten/nach1945/D4086/?tab=9>. (Stand: 2012).

<sup>8</sup> *Nachrichten für die Evang.-Luth. Geistlichen in Bayern* 3 (1948), S. 66; vgl. zur Informationspolitik insgesamt Mensing, *Pfarrer*, S. 215ff.

<sup>9</sup> Vgl. Heinrich Schmid, *Apokalyptisches Wetterleuchten. Ein Beitrag der Evangelischen Kirche zum Kampf im „Dritten Reich“*, München 1947, S. 2f.

aus. Auch die nicht zu vertuschende anfängliche Begeisterung weiter evangelischer Kreise 1933/34 für den Nationalsozialismus legitimierte Schmid mit hoffnungsvollen Zeichen der Rechristianisierung. Das Wesen des Nationalsozialismus habe zu dieser Zeit noch nicht durchschaut werden können.<sup>10</sup>

## 2. Die Marginalisierung von NS-Verfolgten und die Integration von (kirchen)politisch Belasteten

Wer das offizielle Geschichtsbild der bayerischen Landeskirche als Widerstandsbewegung in Frage stellte und zur Buße für die schuldhaften Verstrickungen aufrief, wurde von der Kirchenleitung marginalisiert. Wolfgang Niederstraßer hielt es kaum mehr aus in der Gemeinde Warmensteinach, aus der ihn mehrere Gemeindeglieder in der NS-Zeit denunziert hatten, von denen kaum jemand nach Kriegsende Reue zeigte. Anfang 1946 bat er den Bayreuther Kreisdekan Otto Bezzel um Unterstützung seiner Bewerbung auf die Pfarrstelle Eichstätt – erfolglos.<sup>11</sup>

Zwischen Bezzel und Niederstraßer hatte es in der NS-Zeit Spannungen wegen des widerständigen Verhaltens des Gemeindepfarrers gegeben. Als sich die Situation nach der Denunziation von NS-kritischen Aussagen Niederstraßers im Trauergottesdienst für gefallene Wehrmachtsoldaten am 28. Juni 1942 immer mehr zugespitzt hatte, ermahnte der Kreisdekan den Pfarrer zu mehr Vernunft. Mit Bezug auf dieses Gespräch rechtfertigte Niederstraßer in einem Schreiben am 23. August 1942 sein Verhalten: „Schließlich haben wir in der heutigen Zeit nicht nur ein priesterliches, sondern auch ein prophetisches Amt zu versehen.“<sup>12</sup>

Als Niederstraßer bereits zum Kriegsdienst einberufen worden war, unterrichtete der Kreisdekan ihn im März 1943

<sup>10</sup> Ebd., S. 16ff.

<sup>11</sup> Niederstraßer an Oberkirchenrat (OKR) Bezzel, 29.1.1946. Landeskirchliches Archiv der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Nürnberg [LAELKB], PA Theol. 47.

<sup>12</sup> Niederstraßer an OKR Bezzel, 23.8.1942. LAELKB, PA Theol. 47.

von einer Teilrücknahme des Verbotes außerschulischer religiöser Unterweisungen in kircheneigenen Räumen durch den Bayreuther Landrat. Bezzel hielt es für nötig, bei dieser Gelegenheit Niederstraßer wegen seines „Einzeltätigkeits“ zu rügen. Er habe bereits zwei Mal gegen das Versprechen an ihn verstoßen, ihn vor öffentlichen Aktionen zu verständigern: „Das ist mir sehr leid [...]. Die Art, wie Sie in Ihrer Abschiedspredigt von den Dingen sprachen, geht nicht an [...]. Sie werden ja jetzt beim Heer lernen, daß in der Batterie und im größeren Rahmen keiner seinen privaten Krieg führen kann. Lassen Sie sich das zum Exempel dienen.“<sup>13</sup> Als Niederstraßer im Dezember 1944 verhaftet, aus der Wehrmacht ausgestoßen und der Gestapo übergeben wurde, schloss sich Bezzel dann allerdings der Bitte des Bayreuther Dekans an den Landeskirchenrat um Rechtsbeistand für den akut gefährdeten Pfarrer an.

Schließlich wurde Niederstraßer im September 1946 Gefängnisseelsorger in Aichach, später in Nürnberg. Als der NS-Verfolgte sich 1957 um eine Stelle als Religionslehrer bewarb, lehnte der Landeskirchenrat ab, in dem ab 1947 Otto Bezzel als Oberkirchenrat und Leiter der „geistlichen Abteilung“ fungierte. Als Grund wurde seine mangelnde Qualifikation für eine solche Stelle angegeben. 1958 erhielt Niederstraßer eine Gemeindestelle in München-Laim, später in Füssen. In den Personalakten findet sich keine Würdigung von Niederstraßers mutigem Widerstand. Stattdessen wurde sein Antrag auf Ersatz für Wertgegenstände und Geld, die ihm im Kontext seiner Verfolgung abhandeln gekommen waren, aus Mitteln der „Allgemeinen Pfarrhilfskasse“ vom Landeskirchenrat im Dezember 1945 mit dem Verweis auf einen Schadensersatzantrag beim Landratsamt abgelehnt.<sup>14</sup> Da Pfarrer Niederstraßer auch von sich aus später nicht öffentlich über sein Verfolgungsschicksal sprach oder schrieb, tauchte es bis vor einigen

---

<sup>13</sup> OKR Bezzel an Niederstraßer, 20.3.1943. LAELKB, PA Theol. 47.

<sup>14</sup> LKR an Dekanat Bayreuth, 3.12.1945. LAELKB, PA Theol. 47.

Jahren in keiner Veröffentlichung über die bayerische Landeskirche in der NS-Zeit auf.

Ganz anders präsent war die KZ-Haft von Karl Steinbauer, die 1939 über die bayerische Landeskirche hinaus durch die Nennung seines Namens auf den Fürbittenlisten der Bekennenden Kirche bekannt war – von Niederstraßers Dachau-Haft im April 1945 hatte im Chaos der letzten Kriegswochen vor dessen Heimkehr Mitte Mai 1945 nicht einmal die Kirchenleitung erfahren.

Zudem meldete sich Steinbauer, der in der NS-Zeit den kirchenpolitischen Kurs von Landesbischof Meiser auch öffentlich als „Anpassung“ scharf kritisiert hatte, wie bereits ausgeführt nach 1945 in den Debatten um die Schuldfrage zu Wort. Dabei hatte ihm Anfang 1946 sein nun zuständiger Kreisdekan Georg Kern anlässlich der Verleihung der Pfarrstelle Lehengütingen bei Dinkelsbühl eine Bitte des Landeskirchenrates übermittelt, die Steinbauers mutigen Widerstand nicht als Glaubenszeugnis würdigte, sondern als Quelle gefährlicher Versuchungen sah: „Ich bitte Sie darum, [...] die Versuchung, weitreichende Kirchenpolitik zu treiben, die infolge Ihres ganzen vorigen Erlebens auf Sie zukommen wird, als solche zu erkennen“<sup>15</sup>.

Als 1950 der „Verein Evang.-Luth. Volkshochschule in Bayern“ Karl Steinbauer nachdrücklich als ersten Leiter der in Gründung befindlichen Volkshochschule auf dem Hesselberg vorschlug, erkannte der Landeskirchenrat zwar an, „dass Steinbauer an sich viele Voraussetzungen für diesen Posten mitbrächte“<sup>16</sup>, lehnte eine Berufung aber dennoch ab. Als Pfarrer Julius Steinmetz, Anfang 1939 vom Landeskirchenrat wegen seiner teilweise jüdischen Herkunft mit 45 Jahren in den einstweiligen Ruhestand versetzt und ab Oktober 1945 zum Dienst in Gerolfingen reaktiviert, in seiner Funktion als Mitglied im Vorstand des Volkshochschulvereins beim

<sup>15</sup> „Ich glaube, darum rede ich!“. Karl Steinbauer: *Texte und Predigten im Widerstand*, hg. von Johannes Rehm, Tübingen 1999, S. 48.

<sup>16</sup> Thomas Greif, *Frankens braune Wallfahrt. Der Hesselberg im Dritten Reich*, Ansbach 2007, S. 474.

Landeskirchenrat nach den Gründen der Ablehnung Steinbauers fragte, wurde informell angedeutet, „dass die alten seit längerer Zeit bestehenden Differenzen zwischen unserem Landesbischof Meiser und Pfarrer Steinbauer nicht beseitigt seien.“<sup>17</sup> Auch eine engagierte persönliche Vorsprache von Steinmetz bei Meiser brachte keine Änderung.

Oberkirchenrat Bezzel ermahnte Steinbauer 1951 bei der Übertragung der Pfarrstelle Wolfratshausen: „Konzentrieren Sie sich recht mit Ihrem Dienst auf die Gemeinde. Lassen Sie sich nicht zu viel abrufen, auch nicht von der vielleicht etwas versuchlichen Nähe Tutzings und seiner Akademie“<sup>18</sup>. Steinbauer blieb bis zum Antritt seines Ruhestandes 1971 Gemeindepfarrer. Den ihm vom Landeskirchenrat verliehenen Titel Kirchenrat gab er 1966 unter Protest zurück, weil er sich bei der Kandidatenaufstellung für die Wahlen zur Landessynode ausmanövriert sah.<sup>19</sup>

Ogleich die Erinnerung an NS-Opfer innerhalb der Landeskirche eigentlich das offizielle Bild von der Kirche als Widerstandsorganisation gestützt hätte, wurde vom Landeskirchenrat 1957 der Antrag des Vereins für bayerische

<sup>17</sup> Ebd., S. 475. Zu Julius Steinmetz vgl. Axel Töllner, *Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, der Arierparagraf und die bayerischen Pfarrfamilien mit jüdischen Vorfahren im „Dritten Reich“*, Stuttgart 2007, S. 393-422: Steinmetz, geb. 28.10.1893 als Julius Arthur Cohen, war vor 1933 als Redner für die NSDAP aufgetreten, hatte 1931 seinen Familiennamen in Steinmetz ändern lassen und 1933 die „Machtergreifung“ begrüßt. Dennoch wurde in der NS-Zeit seine Herkunft bekannt und von „Deutschen Christen“ als Beleg für die „Verjudung“ der Bekennenden Kirche öffentlich benannt. Der LKR versetzte Steinmetz in den einstweiligen Ruhestand, weil er mit dem baldigen staatlichen Widerruf von Steinmetz' Zulassung als Religionslehrer rechnete. Im November 1944 wurde Steinmetz als „Halbjude“ zur Zwangsarbeit eingezogen und Anfang 1945 in ein Arbeitslager in Rositz/Thüringen verschleppt. Nach der Befreiung hoffte er auf „ein kleineres ländliches Dekanat“ (Steinmetz an Meiser, 4.9.1945, in: ebd., S. 417); er wurde nicht Dekan, sondern blieb bis zum Antritt des dauerhaften Ruhestands 1960 Pfarrer in Gerolfingen.

<sup>18</sup> Steinbauer, *Texte*, S. 48f.

<sup>19</sup> Ebd., S. 49.

Kirchengeschichte auf Anbringung einer Gedenktafel für Friedrich von Praun im bzw. am Gebäude der Landeskirchenstelle in Ansbach abgelehnt. Hans Meiser, der in seinem Bischofsbericht vor der Landessynode 1946 noch an Friedrich von Praun, den 1944 in politischer Haft umgekommenen Kirchenjuristen und Leiter der Landeskirchenstelle, erinnert hatte,<sup>20</sup> war 1955 in den Ruhestand getreten und 1956 verstorben. An der Spitze des Landeskirchenrates stand 1957 Meisers Nachfolger, Hermann Dietzfelbinger, der schon 1943/44 als theologischer Hilfsreferent im Landeskirchenrat vom Verfolgungsschicksal Friedrich von Prauns erfahren haben musste.<sup>21</sup> Im Juni 1957 beantragte die Hauptversammlung des Vereins für bayerische Kirchengeschichte die Anbringung der Gedenktafel für den Kirchenjuristen. Matthias Simon, der Vereinsvorsitzende und Leiter der Landeskirchlichen Archivs, schrieb zur Begründung, dass von Praun als „einziges Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft aus den Reihen der Pfarrer- und Beamtschaft der bayerischen Landeskirche“<sup>22</sup> ein „dauerndes Denkmal“ verdiene. Simon, der als Gemeindepfarrer und SPD-Mitglied in der Weimarer Republik vor dem Nationalsozialismus gewarnt hatte, schlug den 70. „Geburtstag“ von Prauns 1958 als geeignetes Datum zur Enthüllung der Gedenktafel vor. Der Landeskirchenrat nannte nur unbestimmt „verschiedene Gründe“ für seine Ablehnung des Antrags. Es wäre die erste Gedenktafel dieser Art in einem landeskirchlichen Gebäude. Für andere „verdiente Männer in der Kirchenleitung“<sup>23</sup> seien solche Tafeln bisher

<sup>20</sup> Vgl. Mensing, *Umgang*, S. 193.

<sup>21</sup> Hermann Dietzfelbinger, *Veränderung und Beständigkeit. Erinnerungen*, München 1984, S. 103: Dietzfelbinger war beim kriegsbedingten Umzug des LKR nach Ansbach Ende November 1943 zwar in München geblieben, nahm aber an den Vollsitzungen weiterhin teil. In seinen Erinnerungen erwähnt Dietzfelbinger weder von Prauns Verfolgung noch den Antrag auf die Gedenktafel 1957.

<sup>22</sup> Simon an LKR, 7.6.1957. LAELKB, PA Nichttheologische Mitarbeiter Nr. 672.

<sup>23</sup> LKR an Simon, 8.7.1957. LAELKB, PA Nichttheologische Mitarbeiter Nr. 672.

auch nicht angebracht worden. Dass von Praun unter diesen aber das einzige Todesopfer des Nationalsozialismus war, spielte bei der Entscheidung offensichtlich keine zentrale Rolle. Immerhin wurde am 25. Juni 1957 beschlossen, ein Porträt von ihm in der Landeskirchenstelle aufzuhängen. Allerdings wurde dieser Beschluss auf Anregung von Wilhelm von Ammon, dem amtierenden Leiter der Landeskirchenstelle, in der nächsten Sitzung vom 23. Juli 1957 dahingehend präzisiert, dass in Zukunft für jeden Vorstand nach dessen Tod ein Bild in dem Gebäude angebracht werden solle. Damit stellte auch der Beschluss im Blick auf von Prauns Porträt keine besondere Ehrung dieses NS-Opfers mehr dar. Die Anbringung des Bildes erfolgte auch nicht verbunden mit einer öffentlichen Gedenkveranstaltung zu von Prauns 70. „Geburtstag“ im Juli 1958, sondern formlos im Oktober 1958.<sup>24</sup> So ist es nicht verwunderlich, dass über Jahrzehnte in keiner Darstellung zur Geschichte der bayerischen Landeskirche in der NS-Zeit und in keiner Gedenkveranstaltung der Landeskirche Friedrich von Prauns Schicksal eine Erwähnung fand. Sicher spielte dabei auch eine Rolle, dass die Witwe Irene von Praun bei der Trauerfeier im April 1944 ihre Deutung des Todes ihres Mannes als Martyrium in Anwesenheit von Landesbischof Meiser und anderen Mitgliedern der Kirchenleitung deutlich und öffentlich zum Ausdruck gebracht hatte, woraufhin diese die Trauerfeier verließen.<sup>25</sup> Hinzu kommt die Lage des Grabes in Unterdeufstetten in Württemberg und von Prauns Profession: Wäre er Theologe gewesen, hätte die pfarrerzentrierte Landeskirche wohl stärker an sein Schicksal erinnert. Einzig in einem kurzen Beitrag über die Entstehung und Entwicklung der Landeskirchenstelle in den „Nachrichten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern“ würdigte der Jurist Wilhelm von Ammon seinen Vorgänger als „aufrechten, kompromißlosen Gegner des Nationalsozialismus“ und erwähnte „seinen

---

<sup>24</sup> Hasso von Haldenwang, *Friedrich von Praun. 1888-1944. Ein vergessener Zeuge des Widerstands*, Selbstverlag 2012, S. 148.

<sup>25</sup> Ebd., S. 118.

tragischen Tod, den er im Jahre 1944 als Opfer des Nationalsozialismus gefunden hat.“<sup>26</sup>

Von Ammon wusste, wovon er da schrieb. Spätestens ab 1923 hatte er Friedrich von Praun jedes Jahr getroffen. Er war mit dessen Frau und entfernt auch mit ihm selbst verwandt, bezeichnete ihn als seinen Vetter. Friedrich von Praun war 1923 von den Anteilseignern zum Generalbevollmächtigten des Fideikommissrittergutes Unterdeufstetten gewählt worden. Gemeinsam mit dem Kuratorium, dem Wilhelm von Ammon angehörte, traf sich Friedrich von Praun zu jährlichen Sitzungen zur Verwaltung des Fideikommisses.<sup>27</sup> 1933 trat von Ammon als junger Staatsanwalt im bayerischen Justizministerium in die SA ein. 1935 wurde er als Landgerichtsrat ins Reichsjustizministerium berufen. Zwei Jahre später trat er in die NSDAP ein und avancierte mit 34 Jahren zum Landgerichtsdirektor. Nach einer kurzen Zeit am Oberlandesgericht in München kehrte er 1940 ins Reichsjustizministerium zurück, erst als Oberlandesgerichtsrat, dann als Ministerialrat. Ab 1942 leitete von Ammon das „Nacht-und-Nebel“-Referat, das in geheimen Verfahren aufgrund eines „Führererlasses“ den Widerstand in den besetzten Gebieten verfolgte und die Angeklagten an Sondergerichte oder an den Volksgerichtshof „verteilte“. Dies bedeutete in vielen Fällen das sichere Todesurteil. Wilhelm von Ammon wurde 1947 wegen seiner Verstrickung im Nürnberger Juristen-Prozess zu zehn Jahren Haft verurteilt.<sup>28</sup> Es findet sich bisher kein Beleg dafür, dass von Ammon 1943/44 zugunsten seines verhafteten Vetters interveniert hat.

Dass Wilhelm von Ammon noch im Jahr seiner Begnadigung 1951 von der Landeskirche angestellt, 1952 zum Oberkirchenanwalt im Landeskirchenrat und 1957 zum Direktor der Landeskirchenstelle berufen wurde,<sup>29</sup> spiegelt den engagierten Einsatz der bayerischen Landeskirche für die

---

<sup>26</sup> Ebd., S. 150.

<sup>27</sup> Ebd., S. 31.

<sup>28</sup> Ebd., S. 148-150.

<sup>29</sup> Ebd., S. 150.

Integration von politisch Belasteten wider. Während dieser Einsatz für die von den Entnazifizierungsmaßnahmen betroffenen Theologen schon gut dokumentiert ist,<sup>30</sup> kamen die Juristen noch kaum in den Blick. Dabei ist zu vermuten, dass Juristen, die in der NS-Zeit Karriere machten, dies kaum ohne eine Verstrickung in den Nationalsozialismus erreichen konnten. Hermann Vogel, der direkte Nachfolger von Friedrich von Praun als Direktor der Landeskirchenstelle ab 1949 – in der Zwischenzeit hatte Oberkirchenrat Richard Pflügel die Leitung quasi „nebenamtlich“ inne – war ab 1935 Landrat und ab 1942 Regierungsdirektor gewesen. Gustav Adolf Vischer, ab 1943 Regierungsdirektor, wurde 1947 Oberkirchenanwalt und 1950 Oberkirchenrat. Theodor Schattenmann, ab 1942 Ministerialdirigent, wurde 1948 Oberkirchenrat und Vorstand der „weltlichen Abteilung“ des Landeskirchenrats.<sup>31</sup> Biographische Studien zur Vorgeschichte der Juristen, die nach 1945 von der Kirche angestellt wurden, könnten die mutmaßlichen NS-Verstrickungen im Einzelfall verifizieren oder auch falsifizieren.

Ernst Daum<sup>32</sup>, einer der wenigen Pfarrer, die vom Landeskirchenrat 1945 im Rahmen der „Selbstreinigung“ wegen

<sup>30</sup> Vgl. Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989, S. 121-179; Mensing, *Pfarrer*, S. 210-227; vgl. auch Björn Krondorfer/ Katharina von Kellenbach/ Norbert Reck, *Mit Blick auf die Täter. Fragen an die deutsche Theologie nach 1945*, Gütersloh 2006, S. 227–312.

<sup>31</sup> *Personalstand der Evang.-Luth. Kirche in Bayern*. 32. Ausgabe 1958, S. 1 (Schattenmann), S. 2 (Gustav Adolf Vischer), S. 307 (Hermann Vogel).

<sup>32</sup> Dr. Ernst Daum (1901-1991) war als Pfarrer in Oberhohenried (Unterfranken) 1933 in die NSDAP eingetreten, war 1933/34 Landesleiter des Nationalsozialistischen Evangelischen Pfarrerbundes und einer der führenden „Deutschen Christen“ in Bayern. 1945 versetzte die Kirchenleitung Daum, der sich im Kirchenkampf gegen Landesbischof Meiser und die „Bekennende Kirche“ gestellt hatte, in den Ruhestand, verwendete ihn aber ab 1948 als Amtsaushilfe und ab 1951 als Inhaber der neuen Pfarrstelle Dachau II im Wohnlager Dachau-Ost auf dem Areal des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau. Aus dieser Lagergemeinde der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen entwickelte sich die eigenständige

ihres fortgesetzten Engagements für die „Deutschen Christen“ zwangsweise in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden waren, wurde gewissermaßen zur Bewährung als Amtsaus-hilfe 1948 ausgerechnet in die Wohnsiedlung Dachau-Ost in den ehemaligen Häftlingsbaracken des Konzentrationslagers Dachau geschickt. Während Leonhard Roth, der katholische Seelsorger in diesem Lager für deutsche Flüchtlinge und Heimatvertriebene aus dem Osten, selbst Häftling im KZ Dachau gewesen war und sich für die Errichtung einer würdigen KZ-Gedenkstätte vehement einsetzte, thematisierte Daum seine eigene Vergangenheit nicht und konzentrierte sich ganz auf den Aufbau einer lebendigen evangelischen Gemeinde in Dachau-Ost. Im Fall von Ernst Daum kann man sicher von einer erfolgreichen Integration des geläuterten früheren Deutschen Christen in den Dienst der Landeskirche sprechen. Es fragt sich nur, ob der Einsatz des ehemaligen Landesleiters des Nationalsozialistischen Evangelischen Pfarrerbundes ausgerechnet in Dachau passend war. Während alte Gemeindemitglieder in Dachau-Ost ihren Pfarrer Daum, in dessen langer Amtszeit das Pfarr- und Gemeindehaus und die Gnadenkirche gebaut wurden, in bester und dankbarer Erinnerung haben,<sup>33</sup> machte ein Amtsbruder an der benachbarten Versöhnungskirche andere Erfahrungen.

### *3. Die schwierigen Anfänge der kirchlichen Gedenkstättenarbeit in Dachau*

Bei den Planungen für die Evangelische Versöhnungskirche auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte stand von Anfang an fest, dass „jemand für Besucher und Besuchergruppen zur

---

Kirchengemeinde der Gnadenkirche im neuen Stadtteil Dachau-Ost, die Daum von 1964 bis zu seinem Ruhestand 1967 leitete; vgl. Mensing, *Pfarrer*, S. 121, 143, 148, 174, 256.

<sup>33</sup> Dies äußerten mehrere Zeitzeugen bei einer Vortragsveranstaltung mit dem Kirchenhistoriker Axel Töllner im Gemeindesaal der Dachauer Gnadenkirche am 2.3.2011; keiner habe von Daums NS-Vergangenheit gewusst.

Verfügung stehen [sollte]<sup>34</sup>. Für die ersten Wochen nach der Einweihung der Kirche am 30. April 1967 konnte Pfarrer Christian Reger<sup>35</sup> gewonnen werden, der selbst Häftling im KZ Dachau gewesen war. Reger war seit 1959 aus gesundheitlichen Gründen im vorzeitigen Ruhestand und lebte in Bad Rappenau (Baden). Bis zum 28. Mai 1967 wohnte Reger im Altenheim der Inneren Mission in Dachau-Ost gegenüber der Gnadenkirche und arbeitete in der Gedenkstätte. Kurz vor dem Ende seines Einsatzes erstattete Reger am 25. Mai 1967 dem in München zuständigen Oberkirchenrat Kurt Horn Bericht. Er gab der bayerischen Kirchenleitung auch einen Tipp im Blick auf die Besetzung der Stelle: „Das hier wäre eine Arbeit für unseren verehrten K[arl] Steinbauer.“ Dieser Hinweis auf den bayerischen Pfarrer, der wegen seines Widerstandes

<sup>34</sup> Harald Schultze, Märtyrerdebatte in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zwischen 1945 und 2000, in: *Kirchliches Jahrbuch 2006*, S. 217–274, hier: S. 247: Ergebnisse einer Besprechung zwischen Ernst Wilm (Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen und Mitglied des Rates der EKD) und dem Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 8.4.1963. Vgl. Björn Mensing, Die Bedeutung der Versöhnungskirche in der Dachauer Gedenkstättenarbeit, in: Kai Kappel/ Matthias Müller/ Felicitas Janson (Hg.), *Moderne Kirchenbauten als Erinnerungsräume und Gedächtnisorte*, Regensburg 2010, S. 93–107.

<sup>35</sup> Christian Reger, geb. 10.3.1905 Bruchsal (Baden), gest. 12.10.1985 Lorch-Weitmars (Württemberg), verheiratet in erster Ehe mit Mina Rothenhöfer, in zweiter Ehe mit Irmgard Krüger – Vikar in Baden 1928, im Büro des Internationalen Versöhnungsbundes 1931, Pfarrer in Stieglitz (Netzekreis, Pommern) 1932, wegen „staatsfeindlicher Äußerungen“ verhaftet am 28.4.1941, Gefängnis Schneidemühl, verlegt ins KZ Dachau am 11.7.1941, Häftlingsnummer 26661; seine Frau, eine Berufsschullehrerin, vertrat ihn in der Haftzeit ehrenamtlich in der Gemeindefarbeit; entlassen am 3.4.1945, Rückkehr nach Stieglitz, dort bis zur Evakuierung der Deutschen im April 1946, Pfarrer an St. Petri in Ost-Berlin 1946, in Kaiserslautern 1954, in St. Alban (Pfalz) 1957, Ruhestand 1959, in Bad Rappenau CDU-Vorsitzender, Einsatz gegen die NPD, Bundesverdienstkreuz für seine Arbeit im Sinne der internationalen Versöhnung 1975; Sabine Gerhardus/ Björn Mensing (Hg.), *Namen statt Nummern. Dachauer Lebensbilder und Erinnerungsarbeit*, 2., durchges. Aufl., Leipzig 2009, S. 234.

im KZ Sachsenhausen war und von dessen Marginalisierung nach 1945 schon die Rede war, wurde nicht aufgenommen. Die Kirchenleitung dachte bereits an einen Diakon für die Stelle. Reger berichtete Horn in dem Schreiben auch über die unterbliebene Abkündigung des Gottesdienstes in der Versöhnungskirche im Gottesdienst der Gnadenkirche: „von Seiten des Ortspfarrers (Dr. [Ernst] Daum) Obstruktion“<sup>36</sup>.

Noch deutlicher schilderte Reger kurz nach seiner Rückkehr nach Bad Rappenau seinem früheren Dachauer Mithäftling Ernst Wilm neben seinen ermutigenden Erfahrungen mit Gästen aus dem In- und Ausland auch die Widerstände gegen seine Gedenkstättenarbeit: „Am meisten Widerstand gegen die Arbeit an der Versöhnungskirche leisten alte Dachauer Einwohner und mit ihnen – unisono – etwa der evang. Pfarrer von Dachau-Ost (Pfr. Dr. Daum), in dessen Pfarrei die neue Kirche liegt. Er ließ nicht einmal – das habe ich an Trinit[atis] selbst wahrgenommen – meinen Gottesdienst in seiner dürftig besuchten ‚Gnadenkirche‘ abkündigen. (Soviel ‚Gnade‘ hat er uns nicht zugestanden, aber der Genannte wollte vor 30 Jahren schon nichts mit uns zu tun haben!) In öffentlichen Leserbriefen musste ich mich mit Gegnern der KZ-Gedenkstätten herum schlagen. Das Deprimierendste aber ist dies, daß der größte Teil der älteren evang. Gemeindeglieder unserer Landeskirchen den Anteil der Bekennenden Kirche in der Verkündigung der Kirche, in ihrem Wagen des Bekennens, geflissentlich ignoriert und mit lächerlichen Phrasen abtut. Es ist erschreckend, wie für uns – auch für unsere Theologen – hier die Vulgata Psalm 1 trefflich übersetzt: ‚Beatus vir, qui non abiit in consilio impiorum et ..... in cathedra pestilentiae non sedit.‘ Wo die Spötter sitzen in der Kirche ist die Pestilenz! Diesen Pestgeruch bekomme ich einfach nicht aus der Nase!“<sup>37</sup>

<sup>36</sup> Christian Reger an OKR Horn, 25.5.1967. (Abschrift an Dekan Lanzenstiel). Archiv Versöhnungskirche Dachau.

<sup>37</sup> Christian Reger an Ernst Wilm, 31.5.1967. (Abschrift an Dekan Lanzenstiel). Archiv Versöhnungskirche Dachau.

Oberkirchenrat Horn, der über den Münchner Dekan Georg Lanzenstiel auch diesen Brief Regers zur Kenntnis erhielt, hatte ohnehin vor, nach dem baldigen Beginn des Ruhestands von Pfarrer Daum in die Ausschreibung der Pfarrstelle Dachau-Gnadenkirche den Dienst an der Versöhnungskirche als Pflichtaufgabe aufzunehmen. Als vorübergehender Nachfolger von Reger an der Versöhnungskirche wurde im Juli und August 1967 Oskar Zeiss, pensionierter Generalsekretär des evangelischen Jugendverbandes Christlicher Verein Junger Männer (CVJM) Würzburg, eingesetzt. Zeiss nutzte den Dienst an der Versöhnungskirche primär als Möglichkeit zur Volksmission: „Erst nachdem Evangelien und N.T. [in verschiedenen Sprachen] zum Mitnehmen angeboten werden konnten, war für mich der Dienst an der Versöhnungskirche sinnvoll.“<sup>38</sup> Besonders problematisch sind einige seiner Anregungen für die weitere Arbeit: „Es sollte alles getan werden, daß die schrecklichen Photos aus dem Museum entfernt werden. [...] Im übrigen sollte das Museum ergänzt werden durch eine Darstellung der Widerstandsbewegung. Die Photos von den Quälereien und sog. medizinischen Versuchen dienen bestimmt nicht zur Bewältigung unserer Vergangenheit. Kein Volk der Welt stellt seine dunkelste Geschichte für andere aus. [...] Durch diese Bilder wird der Haß hochgehalten“. Als Oberkirchenrat Horn diesen Bericht kommentarlos an den früheren Dachau-Häftling Ernst Wilm weiterschickte, reagierte dieser in aller Deutlichkeit: „Wer ist dieser Herr Oskar Zeiss? Ich halte ihn nach diesem seinem Bericht für ganz ungeeignet zum Dienst an der Versöhnungskirche und bitte, ihn nicht mehr als Kustos dort wirken zu lassen. Er möchte die Erinnerung an die bösen und schrecklichen Dinge im KZ am liebsten auslöschen und vor den Ausländern nicht aufrühren. Aber das ist ja gerade die Haltung der Selbstrechtfertigung und Unbußfertigkeit, die wir in unserem Volk so reichlich

---

<sup>38</sup> Bericht von Oskar Zeiss, 5.9.1967. Archiv Versöhnungskirche Dachau. Dort auch das folgende Zitat.

vertreten finden und bei der es zu keiner Versöhnung, aber auch zu keiner Buße und Neuwerdung kommen kann.“<sup>39</sup>

Ende September 1967 kam dann der Rummelsberger Diakon Herbert Römpf, Jahrgang 1940, an die Versöhnungskirche, der die Arbeit im Sinne von Reger und Wilm mit bemerkenswerter Sensibilität weiterentwickelte.

Ab dem 1. August 1970 übernahm Pfarrer Reger wieder den Dienst an der Versöhnungskirche. Bis 1978 lebte und wirkte er jeweils vom Frühjahr bis zum Herbst in der Gedenkstätte. Reger „wohnte“ auf eigenen Wunsch in den Nebenräumen der Versöhnungskirche, weil er nicht motorisiert war und ihm lange Fußmärsche vom Quartier zur Versöhnungskirche zu beschwerlich waren. Im Winter lebte er in seiner Wohnung in Bad Rappenau.

Pfarrer Reger wandte sich selbstkritisch gegen jede Heroisierung des kirchlichen Widerstands gegen das NS-Regime: „Es ist nämlich kein Ruhmesblatt, sich daran zu erinnern; weder persönlich, noch was die Deutsche Evangelische Kirche im ganzen angeht. Im Unterschied zu den Männern und Frauen des klaren politischen Widerstands gegen Hitler, wie sie die alte KPD und SPD aufzuweisen hatte – vom demokratischen Widerstand der Juden ganz zu schweigen – hat die Evangelische Kirche in Deutschland Hitler mit offenen Armen aufgenommen. Während die politischen Gegner als Opfer ihres aufrechten Widerstandes sofort nach der vielbejubelten ‚Machtergreifung‘ in die Gefängnisse und – was schlimmer war – in die schnellstens geschaffenen, brutalen Vergeltungslager gebracht wurden, drängten wir uns mehr oder weniger danach, SA- oder SS-Anwärter zu werden, denn wir waren gerade 25 Jahre alt und keine Freunde der KPD.“<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> Ernst Wilm an OKR Horn, 27.9.1967. (Abschrift an Vizepräsident Paul Collmer). Archiv Versöhnungskirche Dachau.

<sup>40</sup> Undatiertes Manuskript von Christian Reger: Ein evangelischer Beitrag am Widerstand gegen den Nationalsozialismus (Eingang im Dekanat München März 1971). Archiv Versöhnungskirche Dachau. Laut schriftlicher Auskunft des Bundesarchivs (Berlin) vom 3.6.2010 hat eine Recherche in den personenbezogenen Beständen des ehemaligen Berlin

Erst nach 1933 sei bei evangelischen Christen „ein ‚doppeltes Bewußtsein‘ in seiner doppelten Eigenschaft als Bürger seines Landes und als Christ [erwachsen]“. Viele hätten zunehmend unter dem „Zwiespalt“ gelitten. „Diesen notwendig gewordenen Prozeß der Klärung herbeigeführt und gefördert zu haben, ist und bleibt das Verdienst der ‚Bekennenden Kirche‘ im nationalsozialistischen Deutschland.“<sup>41</sup>

#### *4. Der Ausbau der Gedenkstättenarbeit, die zögerliche Abkehr vom alten Geschichtsbild, der Generationswechsel in der Kirchenleitung und späte Schuldbekennnisse*

Mit der Übergabe der Evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau „in Gebrauch und Obhut“ der bayerischen Landeskirche durch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 1967 und mit dem Dienst von Pfarrer Christian Reger und Diakon Herbert Römpp wurde die Versöhnungskirche zum Ausgangspunkt für einen selbstkritischeren Umgang mit dem kirchlichen Verhalten in der NS-Zeit und für die Erinnerung an die NS-Opfer. Freiwillige von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (seit 1979), der NS-Verfolgte und Pfarrer Hans-Ludwig Wagner (1981-1984) und die nachfolgenden bayerischen Pfarrer und Diakone entwickelten zusammen mit einem internationalen Kuratorium diese Erinnerungsarbeit weiter. Ende 2011 berief der Landeskirchenrat den Pfarrer der Versöhnungskirche zum Landeskirchlichen Beauftragten für evangelische Gedenkstättenarbeit.

In Flossenbürg geht die Errichtung einer arbeitsfähigen staatlichen Gedenkstätte mit zurück auf Initiativen der Evangelischen Jugend und des langjährigen Ortspfarrers Karlhermann Schötz. Nach dessen Weggang im Herbst 2003 wurde die Stelle offiziell als Kombination aus einer halben

---

Document Centers und des so genannten NS-Archivs des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR ergeben, dass sich eine Mitgliedschaft von Christian Reger in der NSDAP und in ihren Gliederungen, insbesondere auch in der SA und der SS, nicht nachweisen lässt.

<sup>41</sup> Reger, *Beitrag*. Archiv Versöhnungskirche Dachau.

Gemeindestelle und einer halben Stelle für Gedenkstättenarbeit ausgeschrieben und besetzt. Die Evangelische Jugend gestaltet dort jährlich das Gedenken zum Todestag Dietrich Bonhoeffers (9. April) und eine internationale Jugendbegegnung.

Die bayerische Landessynode hat 1988 in Hof zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms eine vom Landeskirchlichen Archiv konzipierte Ausstellung eröffnet, die unter dem Titel „... wo ist dein Bruder Abel? Christen und Juden in Bayern in unserem Jahrhundert“ anschließend an 13 Orten in Bayern gezeigt wurde. Im Ausstellungskatalog<sup>42</sup> wird kritisch über das weitgehende Versagen der Kirchenleitung im Blick auf die NS-Judenverfolgung und den Holocaust berichtet. Eine besonders intensive Beschäftigung mit diesem Thema brachte 1997/98 das von der Synode proklamierte Schwerpunktjahr „Christen und Juden“. Es mündete in eine einmütig verabschiedete Erklärung aller vier kirchenleitenden Organe am 24. November 1998, in der es unter „Themen zur Weiterarbeit“ heißt: „Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern weiß sich zusammen mit anderen Kirchen mitverantwortlich für das antijüdische Denken und Handeln, die es möglich gemacht oder zumindest toleriert haben, daß die Verbrechen des ‚Dritten Reiches‘ an den Kindern, Frauen und Männern jüdischer Herkunft möglich wurden. Obwohl es auch in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Einzelne gab, die dieses Problem erkannt haben [...], nahm die Kirche als Ganze die sog. Judenfrage nicht als theologisches Problem wahr. Die konkreten Verstrickungen, Unterlassungen und das Schweigen zum Völkermord an den Juden sind eingehender zu untersuchen.“<sup>43</sup> In das Schwerpunktjahr fiel auch

---

<sup>42</sup> ... wo ist dein Bruder Abel? 50 Jahre Novemberpogrom. Christen und Juden in Bayern in unserem Jahrhundert (Ausstellungskataloge des Landeskirchlichen Archivs in Nürnberg 14), Nürnberg 1988.

<sup>43</sup> Wolfgang Kraus (Hg.), *Auf dem Weg zu einem Neuanfang. Dokumentation zur Erklärung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern zum Thema Christen und Juden*, München 1999, S. 181f.; vgl. auch Gury Schneider-Ludorff, *Verdrängen und Bekennen. Vom schwierigen Um-*

eine Gedenkveranstaltung der Synode zu Ehren Wilhelm von Pechmanns im April 1998 in Memmingen.<sup>44</sup> Pechmann, als Münchner Bankdirektor viele Jahre in höchsten kirchlichen Ehrenämtern, hatte ab März 1933 immer wieder versucht, die Kirchenführer zum Protest gegen die Judenverfolgung zu bewegen.

In der Folge der Nürnberger Erklärung konzipierte die Organisation „Begegnung von Christen und Juden. Verein zur Förderung des christlich-jüdischen Gesprächs in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern e.V.“, 1992 mit programmatischer Namensänderung hervorgegangen aus dem „Evangeliumsdienst unter Israel durch die evang.-luth. Kirche“, mit Unterstützung der Landeskirche eine Wanderausstellung, die seit Juli 2002 unter dem Titel „BlickWechsel“ in zahlreichen bayerischen Orten zu sehen war. In der Ausstellung und im Katalog<sup>45</sup> nimmt das Verhalten der Landeskirche zur NS-Judenverfolgung breiten Raum ein.

Aus dem Kreis der widerständigen bayerischen Protestanten, die im „Dritten Reich“ den Kurs von Landesbischof Meiser nicht teilten, wurde in den letzten Jahren neben Pechmann besonders der oben erwähnte Karl Steinbauer gewürdigt, zu dessen 10. Todestag 1998 eine Wanderausstellung präsentiert wurde.<sup>46</sup>

Ein wichtiger Meilenstein in der bayerischen Kirchengeschichtsschreibung war das Erscheinen des vom Landeskirchenrat angeregten und geförderten zweibändigen „Handbuchs der Geschichte der Evangelischen Kirche in Bayern“

---

gang der evangelischen Kirche mit der „Schuld“ nach 1945, in: Thomas Brechenmacher/ Harry Oelke (Hg.), *Die Kirchen und die Verbrechen im nationalsozialistischen Staat*, Göttingen 2011, S. 274-282.

<sup>44</sup> *Aufstand des Gewissens. Erinnerung an Wilhelm von Pechmann 1859-1948. Texte und Bilder der Gedenkveranstaltung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in Memmingen*, München 1998.

<sup>45</sup> Hans-Jürgen Müller/ Ursula Rudnick (Hg.), *Christen und Juden – Juden und Christen. Katalog zur Wanderausstellung in Bayern*, Hannover 2002, S. 32-47, 155-157.

<sup>46</sup> Steinbauer, *Texte*, S. 320f.

2000 und 2002. Der Beitrag des renommierten Kirchenhistorikers Carsten Nicolaisen bietet eine instruktive Zusammenfassung des Forschungsstandes und ein fundiert-kritisches Urteil über den Kurs der bayerischen Landeskirche im „Dritten Reich“.<sup>47</sup>

Dass die Revision des alten Geschichtsbildes von der bayerischen Landeskirche als Widerstandsbewegung gegen den Nationalsozialismus in Bayern von der Kirchenleitung erst Ende der Neunzigerjahre endgültig vollzogen wurde, hängt auch mit personellen Kontinuitäten sowie mit kollegialen und familiären Loyalitäten im Landeskirchenrat zusammen. Landesbischof Meiser war zwar schon 1955 in den Ruhestand gegangen, aber enge Mitarbeiter von ihm aus der Zeit vor 1945 prägten bis in die Siebzigerjahre die Landeskirche: Otto Bezzel, Kreisdekan und Oberkirchenrat (OKR) ab 1937, als Vorstand der „geistlichen Abteilung“ des Landeskirchenrates (LKR) und Personalreferent von 1947 bis zum Eintritt in den Ruhestand 1962, und Hermann Dietzfelbinger, theologischer Hilfsreferent im LKR ab 1939, als Landesbischof von 1955 bis 1975. Kollegiale Loyalitäten dürften auch bei den zehn Oberkirchenräten, die zwischen 1945 und 1955 noch in Meisers Amtszeit berufen worden waren, nachgewirkt haben. Familiäre Loyalitäten dürften bei Rudolf Meiser, Sohn von Hans Meiser und von 1975 bis 1985 Oberkirchenrat, eine Rolle gespielt haben, ebenso beim von 1979 bis 1988 amtierenden Oberkirchenrat Theodor Heckel, dessen Vater Theodor Heckel von 1934 bis 1945 Leiter des Kirchlichen Außenamtes (Bischof) der staatsnahen Deutschen Evangelischen Kirche war – und von 1950 bis 1964 Dekan in München. Hinzu kam, dass einige Personen in kirchlichen Leitungsmätern selbst politisch belastet waren: Heinrich Riedel war als Pfarrer in Thuisbrunn im Mai 1933 in die NSDAP eingetreten und fungierte dort zeitweise als Ortsgruppenleiter. In seiner neuen Funktion als

<sup>47</sup> Carsten Nicolaisen, Nationalsozialistische Herrschaft, in: Gerhard Müller/ Horst Weigelt/ Wolfgang Zorn (Hg.), *Handbuch der Geschichte der evangelischen Kirche in Bayern, Bd. 2. 1800-2000*, St. Ottilien 2000, S. 297-330.

Landesjugendpfarrer ab 1934 kam es bald zu Konflikten mit Behörden und Parteistellen. Das gegen ihn eingeleitete Parteiausschlussverfahren endete zunächst im Januar 1937 mit dem Parteiausschluss durch das Kreisgericht Nürnberg. Auf Wunsch des Landeskirchenrates legte Riedel beim Gaugericht Revision ein; im Mai 1938 wurde der Ausschluss aufgehoben und der Pfarrer blieb bis 1945 Parteimitglied.<sup>48</sup> Riedel wurde 1947 Oberkirchenrat und 1962 als Nachfolger von Otto Bezel Leiter der „geistlichen Abteilung“ des Landeskirchenrates und ständiger Vertreter des Landesbischofs. 1972 ging er in den Ruhestand, in dem er dann 1976 seine NSDAP-Mitgliedschaft selbst in einer Buchveröffentlichung publik machte: „Ich weiß, daß das damals ein Fehler war“<sup>49</sup>. Die NS-Vergangenheit von Wilhelm von Ammon, der von 1957 bis 1970 Direktor der Landeskirchenstelle in Ansbach war, wurde bereits erwähnt. Im großen und wegen der Universität wichtigen Dekanat Erlangen amtierte von 1954 bis 1972 Eduard Putz (ab 1958 mit dem Titel Kirchenrat), der 1927 als Student in die NSDAP eingetreten war und 1928 in Erlangen als Hochschulgruppenführer des NS-Studentenbundes gewirkt hatte. Innerhalb der Pfarrerschaft warb er ab 1931 für einen Eintritt in die NSDAP. 1933 wurde er von Meiser als theologischer Hilfsreferent in den Landeskirchenrat geholt und trat später im Kirchenkampf mutig für die Bekennende Kirche ein. Er blieb trotzdem bis 1945 NSDAP-Mitglied, ab 1934 mit dem Goldenen Parteiabzeichen dekoriert.<sup>50</sup>

Dass es auch nach der Pensionierung der Generationen, die schon in der NS-Zeit im kirchlichen Dienst standen, zu keiner tiefgreifenden Revision des Geschichtsbildes kam,

<sup>48</sup> Paul Kremmel, *Pfarrer und Gemeinden im evangelischen Kirchenkampf in Bayern bis 1939. Mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse im Bereich des Bezirksamts Weißenburg in Bayern*, Lichtenfels 1987, S. 631, 654f.

<sup>49</sup> Heinrich Riedel, *Kampf um die Jugend. Evangelische Jugendarbeit 1933-1945*, München 1976, S. 201.

<sup>50</sup> Mensing, *Pfarrer*, S. 47ff., 55, 57, 96, 129-132, 147ff., 162f., 192, 205, 218f.

hängt mit der Generation zusammen, aus der die nachfolgenden Verantwortungsträger in der Kirche stammten. Zu dieser HJ-Generation werden in der Forschung meist die Deutschen der Geburtsjahrgänge 1920 bis 1929 gerechnet, die zwischen 1933 und 1945 ihre prägende politische Sozialisation erhalten haben und zumeist im Zweiten Weltkrieg als Soldaten, Flakhelfer oder im Volkssturm Kriegsdienst leisten mussten. Nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ mit den verlogenen Idealen der NS-Erziehung gehörte ein Großteil dieser Jahrgänge, so sie den Krieg überlebt hatten, zur „skeptischen Generation“. Als ab der Mitte der Sechzigerjahre in Gesellschaft und Kirche die jüngere Generation auf „Vergangenheitsbewältigung“ drängte, setzten die meisten kirchlichen Verantwortungsträger aus der „skeptischen Generation“ eher auf moderate kritische Töne im Blick auf das Verhalten der Kirchenleitung in der NS-Zeit. Die aufkommenden Vorwürfe von „NS-hörigem“ Agieren von Landesbischof Meiser wurden durch eine großzügige Generalisierung relativiert. Er habe doch nur aus einer damals von allen geteilten Denkweise heraus so gehandelt. Der Münchner Kirchenhistoriker Harry Oelke bezeichnet diese Strategie zutreffend als „Plausibilisierung durch Generalisierung“<sup>51</sup>. Auch Johannes Hanselmann, der 1975 Hermann Dietzfelbingers Nachfolger als Landesbischof wurde, gehörte mit Geburtsjahrgang 1927 zur HJ-Generation und stand eher für „eine Kontinuität als [für] einen Wandel der kirchlich-theologischen Mentalität“<sup>52</sup>, zu der auch die rückblickende Deutung des bayerischen Kirchenkampfes als Widerstand gehörte. Noch 1988 bestand der Landeskirchenrat neben Hanselmann aus acht weiteren Oberkirchenräten aus der HJ-Generation, nur sieben gehörten mit Geburtsjahrgängen zwischen 1930 und 1936 zur jüngeren

---

<sup>51</sup> Harry Oelke, Kirchliche Erinnerungskultur im evangelischen Bayern. Landesbischof Meiser und der Nationalsozialismus, in: Hamm/ Oelke/ Schneider-Ludorff, *Spielräume*, S. 205-236, hier: S. 226; zur Bedeutung des Generationswechsels in der Kirchenleitung ebd., S. 221-223.

<sup>52</sup> Ebd., S. 223.

Kriegskindergeneration.<sup>53</sup> Erst als 1994 mit Hermann von Loewenich (Jahrgang 1931) ein Vertreter dieser Generation als Hanselmanns Nachfolger Landesbischof wurde, kam es zu einer gänzlichen Revision des alten Geschichtsbildes und zur Übernahme des schon in der Forschung entwickelten versachlichten, kritisch-differenzierten Umgangs mit der NS-Vergangenheit durch die Kirchenleitung. Eine wichtige Rolle spielte dabei auch der Jurist und frühere SPD-Bundesminister Dieter Haack (Jahrgang 1934), der von 1990 bis 2002 Präsident der bayerischen Landessynode war. Einer der Hauptinitiatoren des Schwerpunktjahres „Christen und Juden“ 1997/98 war der Nürnberger Dekan Johannes Friedrich (Jahrgang 1948), der 1999 zum Nachfolger Hermann von Loewenichs gewählt wurde. Damit stand erstmals ein Vertreter der so genannten 68er-Generation an der Spitze der Landeskirche.

##### *5. Die Renaissance des apologetischen Geschichtsbildes in den Kontroversen um Theodor Heckel und Hans Meiser*

Damit nicht der Eindruck entsteht, dieser Umgang mit der Vergangenheit sei seit den Neunzigerjahren repräsentativ für den bayerischen Protestantismus, muss noch auf einige Kontroversen hingewiesen werden. Es kann sich dabei an dieser Stelle nur um einen ersten Überblick handeln – zumal der Verfasser inzwischen selbst ein Akteur in den Auseinandersetzungen ist. Die Auswertung und Einordnung dieser Debatten in einen größeren Kontext bleibt künftigen Generationen vorbehalten.

Für Schlagzeilen sorgte der „Büstensturz“ von Theodor Heckel in einer Münchner Kirche 1995.<sup>54</sup> Unbeabsichtigt war die symbolisch verhüllte Büste des ehemaligen Auslandsbischofs der Deutschen Evangelischen Kirche und späteren Münchner Dekans im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für Dietrich

<sup>53</sup> Vgl. *Personalstand der Evang.-Luth. Kirche in Bayern. Zwischenausgabe 1988*, S. 1-3.

<sup>54</sup> *Theodor Heckel und die Folgen* (Sonderausgabe der Zeitschrift „Verantwortung“), Mai 2001.

Bonhoeffer umgestürzt und beschädigt worden. In der Folge kam es zu hochemotionalen Diskussionen über Heckels Rolle im „Dritten Reich“ – und zur kirchlichen Maßregelung der „Büstensturz“-Verantwortlichen.

In einigen Städten wurde Kirchliche Zeitgeschichte zum Thema der Kommunalpolitik. In München und Nürnberg etwa forderten 1998/99 erstmals Stadträte die Umbenennung der nach Landesbischof Hans Meiser benannten Straßen. Grund waren „Enthüllungen“ über antisemitische Äußerungen Meisers aus den Zwanzigerjahren. Der Landeskirchenrat wies diese Forderungen mit Verweis auf die Verdienste des Landesbischofs im Kirchenkampf zurück und kündigte eine umfassende wissenschaftliche Meiser-Biographie an – die bis heute nicht erschienen ist.

Dass die rückblickende Deutung und Beurteilung des kirchlichen Verhaltens im „Dritten Reich“ auch mehr als 65 Jahre nach dessen Untergang und trotz all der erreichten Versachlichung im bayerischen Protestantismus ein heißes Eisen bleibt, zeigen die Debatten um die Umbenennungen von nach Hans Meiser benannten Einrichtungen und Straßen seit 2006, provoziert durch einen angekündigten (und nach massiver Kritik später abgesagten) Gedenkgottesdienst zum 50. Todestag von Meiser mit Landesbischof Johannes Friedrich in Nürnberg und durch neuerliche „Enthüllungen“ über in der Forschung längst bekannte antisemitische Äußerungen Meisers in den Medien. Die Umbenennungsdebatten führten zu einer Radikalisierung der Diskussion, die auf der Seite der Befürworter durch totale moralische Verurteilung, auf der Seite der Gegner durch Rechtfertigungsbemühungen gekennzeichnet war. Harry Oelke benennt treffend die Folgen des „Modus der Moralisierung“ auf beiden Seiten: „Unter sachlichen Gesichtspunkten zeitigt die Debatte seit geraumer Zeit zwangsläufig einen Niveauperlust.“<sup>55</sup> Hans Meiser war eben weder ein „brauner Bischof“ oder „Nazi-Bischof“, zu dem ihn manche der im Blick auf Nürnberg und München 2007

---

<sup>55</sup> Oelke, *Erinnerungskultur*, S. 231.

erfolgreichen Umbenennungsbefürworter machten, noch war er am politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt, was einige seiner Apologeten behaupten.

Die nicht geringe Zahl von Leserbriefen und Artikeln in kirchlichen Zeitschriften, die diese über eine berechtigte Kritik an den Umbenennungen hinausgehende apologetische Sicht teilen und verbreiten, zeigt, dass der versachlichte, kritisch-differenzierte Umgang mit der NS-Vergangenheit, zu dem die Zeitgeschichtsforschung und die Kirchenleitung in den letzten Jahrzehnten gefunden haben, im konservativen evangelisch-kirchlichen Milieu in Bayern (noch) nicht angekommen ist. In Warmensteinach gibt es bis heute Widerstände gegen die Anbringung einer Gedenktafel für den NS-Verfolgten Wolfgang Niederstraßer. Und in Ansbach erinnert erst seit dem 26. Juli 2012 eine von Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm enthüllte Tafel an der Landeskirchenstelle an das NS-Opfer Friedrich von Praun<sup>56</sup> – die Straße, an der die Landeskirchenstelle liegt, ist schon seit 1957 nach Bischof Meiser benannt.

---

<sup>56</sup> Im Oktober 2012 benannte der Landeskirchenrat das Dienstgebäude der Landeskirchenstelle nach Friedrich von Praun. Vgl. zur Biographie und zu den Würdigungen von Prauns jetzt Wolfgang Huber, Friedrich von Praun, Mitarbeiter Landesbischof Meisers, Gegner und Opfer des Nationalsozialismus. Anmerkungen und Texte zu seiner Biographie, in: *Zeitschrift für bayerische Kirchengeschichte* 81 (2012), S. 227-284.